

Samstag/Sonntag, 2./3. November 1974

Große Unterführung in Nackenheim kommt auf 1,56 Millionen 1976 bereits fertig?

- m - Nackenheim. Gesamtkosten von über 3,6 Millionen Mark würden die geplanten vier Über- und Unterführungen im Ortsbereich zur Beseitigung der jetzt vorhandenen schienengleichen Überwege verursachen. Dies erklärten Bürgermeister Gerhard Krämer sowie Ortsbürgermeister Willi Wöll in öffentlicher Sitzung. Vorausgegangen waren erste entscheidende Verhandlungen mit Vertretern der Deutschen Bundesbahn sowie den übrigen zuständigen Behörden. Die Hauptunterführung am Wiesendeichweg mache allein Kosten in Höhe von 1 560 000 Mark aus.

Ortsbürgermeister Willi Wöll betonte, nach den vorhandenen Plänen, die nach den Kostenrechnungen von zwei Jahren ermittelt worden seien, verschlinge die Pkw-Unterführung in der Fischergasse 352 000 Mark, der Überführungssteg am Mahlweg 364 000 Mark, die Fußgängerüberführung in der Gartenfeldstraße 252 000 Mark sowie die Hauptunterführung über 1,5 Millionen Mark. Von den Gesamtlasten trage die Bundesbahn 923 000 Mark, die Gemeinde 1 250 000 Mark sowie der Bund 923 000 Mark. Der Gemeinde Nackenheim würden nach der erfolgten übrigen Bezuschussung noch Aufwendungen in Höhe von 180 000 Mark verbleiben.

Da die Gemeinde über die üblichen Grenzen hinaus verschuldet sei, müsse sie nun, um schnellstens eine Beseitigung zu erzielen, auch um Bezuschussung dieses Betrages bitten. Noch im November wolle die Bundesbahn einen neuen Entwurf nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz der Verbandsgemeinde vorlegen. Die Vertreter der Bundesbahn hätten erklärt, daß Mit-

tel in dieser Größenordnung 1975 nicht mehr zur Verfügung stünden. Die Maßnahme der großen Unterführung könne allerdings 1976 abgeschlossen sein.

Man plane dabei auch die Schließung des schienengleichen Überganges am Bahnhof, weil die Station von dem benachbarten Bahnhof Bodenheim betrieblich mitgesteuert werde und dort kein Personal mehr zum Einsatz komme. Auch dort plane man eine Unterführung.

Noch 1975 könne man in der Fischergasse eventuell mit dem Bau einer Pkw-Unterführung beginnen. Außerdem beginne man schon in Kürze mit dem Einbau von technischen Überwachungseinrichtungen, die zwischen Schranken und Signal eine Abhängigkeit herstellen würden. Mit einem Kostenaufwand von 240 000 Mark rechne man bis Mitte 1975 fertig zu sein. Ein menschliches Versagen in der Schrankenbedienung werde damit ausgeschlossen.

Nach dem bestehenden Eisenbahnkreuzungsgesetz müsse allerdings auch hierzu die Gemeinde 80 000 Mark aufbringen. Nach der erfolgten Bezuschussung verbleiben der Gemeinde immerhin noch 40 000 Mark. Die Bundesbahn hoffe, daß man von seiten der Gemeinde der Schließung des Überganges in der Fischergasse zustimme, um so die eingesparten Unterhaltungs- und Personalkosten verrechnen zu können.

Ratsmitglied Günter Ollig (SPD) betonte, es liege kein Versäumnis der Gemeinde vor. Es sei einfach eine Finanzierungsfrage gewesen. Nackenheim habe kein Geld gehabt, um diese hohen Summen aufzubringen. Das Argument der Bundesbahn, erst Personal einsparen und dann bauen, sei nicht in Ordnung. Auch zum Einbau der jetzigen Sicherungsanlagen müßten die Bürger mit zur Kasse gebeten werden.

Ortsbürgermeister Willi Wöll erwiderte, bis jetzt habe die Gemeinde noch keine Pläne zur Straßenführung auf die große Unterführung vorgelegt. Man müsse nun versuchen, schnellstens voran zu kommen. Zweieinhalb Jahre habe die Kreuzungsvereinbarung bei der Gemeinde gelegen ohne daß etwas Entscheidendes geschehen sei, erklärte Ratsmitglied Franz-Josef Bernard (CDU). Diesen „Schuh“ müsse man sich anziehen und sollte offen den Dingen ins Auge sehen.

Eugen Stolle (FW) bezeichnete es als einen „Schildbürgerstreich“, wenn man jetzt noch für hohe Kosten eine Signalabhängigkeit einbaue und Nackenheim nochmals mit 40 000 Mark belaste, wenn schon in einem Jahr die erste Unterführung komme. Die Sicherheit an den Übergängen sollte einzig und allein bei der Bundesbahn liegen.

Bürgermeister Gerhard Krämer erwiderte, man sollte bei der Bundesbahn nicht nur das Negative sehen. Es habe keinen Sinn, über Versäumnisse zu reden. Vielmehr sollte man versuchen, Ergebnisse zu erreichen. Ratsmitglied Günter Zerbe (FW) hob hervor, man sollte prüfen, ob man überhaupt die Fußgängerüberführung im Gartenfeld benötige. Dabei könnten wesentliche Mittel eingespart werden. Priorität ersten Ranges müsse in jedem Falle die Unterführung „Wiesendeichweg“ bekommen, erklärte abschließend Ratsmitglied Reinhold Hollack (SPD).